

**PROTOKOLL ÜBER DIE SITZUNG**  
**DES HAUPTAUSSCHUSSES GREBIN**

**- öffentlicher Teil -**

**Sitzung:** vom 31. Mai 2010  
in der Alten Schule Görnitz  
von 19:14 Uhr bis 20:40 Uhr (öffentlicher Teil)  
von 20:40 Uhr bis 21:05 Uhr (nichtöffentlicher Teil)

**Unterbrechung:** entfällt

**Gesetzliche Mitgliederzahl:** 7

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 1 bis 6 Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse mit den lfd. Nr. 1 - 14.

---

**Anwesend:**

a) Stimmberechtigt:

GV Jochen Usinger  
als Vorsitzender

BM Josef Großfeld  
GV Rainer Stender

GV Wolf Brühan  
GV Klaus-Heinrich Pentzlin  
GV Karl Schuch

*für BM Stefan Keller*  
stellv. BM Klaus Telge  
*für BM Gerhard Manzke*

b) nicht stimmberechtigt:

Protokollführer: Herr Schnathmeier, Amt Großer Plöner See  
BGM Hans-Werner Sohn, GV'in Barbara Podbielski, GV'in Ellen Klünder, GV Uwe Kahl  
*ab 19:30 Uhr*

---

Es fehlten entschuldigt: ./.

---

Die Mitglieder des Hauptausschusses Grebin waren durch Einladung vom 20.05.2010 zu Montag, 31. Mai 2010 um 19:00 Uhr unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Ladung keine Einwände erhoben wurden.

Der Ausschuss war nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Tag, Zeit und Ort der Sitzung waren öffentlich bekannt gegeben worden.

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**

---

**Tagesordnung:**

1. Niederschrift vom 08. März 2010
  2. Bekanntgaben des Ausschussvorsitzenden
  3. Bekanntgaben des Bürgermeisters
  4. Antrag der Gemeinde Ascheberg auf Ausamtung aus dem Amt Großer Plöner See
  5. Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 82 Gemeindeordnung (GO) für das Haushaltsjahr 2009
  6. Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009
  7. Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 82 Gemeindeordnung (GO) für das Haushaltsjahr 2010
  8. Photovoltaikanlagen
  9. Reparaturen von Gemeindewegen
  10. Förderung der Kindertagespflege
  11. Sanierung Wanderweg Schluensee
  12. Dichtigkeitsprüfung Hausanschlüsse
  13. Straßenbaubeitragssatzung
  14. Anfragen
- In nichtöffentlicher Sitzung:**
15. Personalangelegenheiten
  16. Bauangelegenheiten
  17. Anfragen

---

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwände erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

**keine**

---

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher/nichtöffentlicher Sitzung statt.

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**

---

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jochen Usinger, eröffnet die Sitzung und verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Mitglied, Herrn Klaus Telge, als Vertreter für Gerhard Manzke per Handschlag auf die Gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten.

*Herr Telge nimmt für das abwesende Ausschussmitglied Gerhard Manzke an der Sitzung teil.*

**TOP 1****Niederschrift vom 08. März 2010**

In TOP 3 wird als Name der bisherigen Internetpflege „Brückmann“ genannt. Der Name muss richtig „Burgemeister“ lauten.

**TOP 2****Bekanntgaben des Ausschussvorsitzenden**

- Verteilung einer Grobanalyse Supermarkt (*Anlage*)
- Verteilung eines Zeitungsartikels aus den Lübecker Nachrichten zum Thema „Dichtigkeitsprüfung“ (*Anlage*)

**TOP 3****Bekanntgaben des Bürgermeisters**

- Einstellung einer Aushilfskraft für den Kindergarten: Frau Lubnow aus Grebin
- Schreiben des WBV Ostholstein bezüglich der baufälligen Brücke an der Schmark-Au
- Jugendtreff

**TOP 4****Antrag der Gemeinde Ascheberg auf Ausamtung aus dem Amt Großer Plöner See**

BGM Sohn fasst die Verwaltungsvorlage zusammen und berichtet über ein neu eingegangenes Schreiben des Innenministeriums. Daraufhin ist die Beschlussvorlage der Verwaltung dahingehend verändert worden, dass die Gemeinden die künftige Struktur der Verwaltung als Beratungsgegenstand mit in das Thema einbeziehen.

Nach kurzer Diskussion weist der Hauptausschuss darauf hin, dass Gerichtskosten, die eventuell durch die Gemeinde Ascheberg entstehen, von dieser selbst zu tragen und nicht über die Amtsumlage auf die Solidargemeinschaft umzulegen sind.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung:

1. Das Amt Großer Plöner See mit seinen 12 Gemeinden sollte in der gegenwärtigen Form als außerordentlich günstige und leistungsfähige Verwaltungseinheit erhalten bleiben.
2. Mittelfristig sollten weitere Kooperationsmöglichkeiten mit der Stadt Plön geprüft werden.

**dafür: 7****dagegen: 0****Enthaltungen: 0**

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**

---

**TOP 5****Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 82 Gemeindeordnung (GO) für das Haushaltsjahr 2009**Beschluss:

Der Gemeindevertretung wird empfohlen, den über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2009 zuzustimmen.

**dafür: 7****dagegen: 0****Enthaltungen: 0****TOP 6****Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009**

Aufgrund der Verwaltungsvorlage empfiehlt der Hauptausschuss der Gemeindevertretung folgenden Beschluss:

Die Belege und sämtliche Kassenunterlagen liegen vollständig vor. Die Buchungen sind entsprechend der Belege nachgewiesen. Die Prüfung ergibt keine Beanstandungen.

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009 ist somit gemäß § 94 Abs. 3 GO geprüft.

Der Gemeindevertretung wird nachstehender Beschluss empfohlen:

Die Jahresrechnung 2009 wird in der Summe der bereinigten Soll-Einnahmen mit 1.377.439,26 EUR und -Ausgaben mit 1.193.913,45 EUR gemäß § 94 Abs. 3 GO beschlossen. Der Gesamtüberschuss beläuft sich auf 143.525,81 EUR.

**dafür: 7****dagegen: 0****Enthaltungen: 0****TOP 7****Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 82 Gemeindeordnung (GO) für das Haushaltsjahr 2010**Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2010 gemäß § 82 Gemeindeordnung zuzustimmen.

**dafür: 7****dagegen: 0****Enthaltungen: 0****TOP 8****Photovoltaikanlage**

GV Schuch erhält das Wort und erläutert die vorliegenden dem Originalprotokoll *anliegenden* Angebote der Firmen Elektro Sohn und TST Solarstrom.

Im weiteren Verlauf entsteht eine kurze Diskussion über das Für und Wider einer solchen Anlage. Die vorhandenen Flächen erscheinen als zu gering.

Darüber hinaus existieren Firmen, die die Anlagen betreiben. Somit wäre ein gemeindliches Risiko ausgeschlossen.

Schließlich einigt man sich wie folgt:

GV Schuch und stellv. BM Telge kümmern sich um die Anfragen bei entsprechenden Firmen. Eine weitere Beratung erfolgt nach Bedarf, wenn neue Erkenntnisse vorliegen.

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**


---

**TOP 9****Reparaturen von Gemeindewegen**

BGM Sohn berichtet:

**a) Behebung winterbedingter Schäden**

Es liegt ein Schreiben des Innenministeriums als Antwort auf den gestellten Antrag auf Mittel aus dem KIF vor.

Hierin wird die Halbierung der Antragssummen gefordert, die dann erneut einzureichen sind. Anschließend könnte die Gemeinde eine Förderung in Höhe von 50 % der beantragten Kosten erhalten.

Man ist sich einig, die Straßenschäden nach dem von Ing.-Büro Walter erstellten Angebot beheben zu lassen. Der Antrag ist mit der Hälfte der Kosten an das Innenministerium zu stellen. Das Ing.-Büro Walter kalkuliert für den Antrag nach.

**dafür: 7**

**dagegen: 0**

**Enthaltungen: 0**

**b) Gespräch mit der KAB am 10.05.2010 und deren Schreiben vom 20.05.2010**

BGM Sohn berichtet vom Gespräch mit der Kommunalaufsicht und der Verpflichtung, bei Straßenausbauten Beiträge zu erheben. Es entsteht eine kurze Diskussion, nach deren Ende man sich einig ist, eine Straßenausbaubeitragssatzung zu erlassen.

Weitere Beratungen und Beschluss unter TOP 13.

**TOP 10****Förderung der Kindertagespflege**

Der Gemeindevertretung wird folgender Beschluss empfohlen:

Die Gemeindevertretung beschließt, sich an der Förderung der Kindertagespflege entsprechend der Richtlinien des Kreises Plön zur Förderung der Kindertagespflege mit bis zu 1,30 EUR pro Betreuungsstunde für Kinder mit Wohnsitz in der Gemeinde zu beteiligen.

**dafür: 7**

**dagegen: 0**

**Enthaltungen: 0**

**TOP 11****Sanierung Wanderweg Schluensee**

Der Wanderweg am Schluensee sollte saniert werden. Er ist sehr zugewachsen und z. T. schlecht begehbar. Aufgrund der Vegetation soll die Angelegenheit bis September zurückgestellt werden.

Für den kommenden Herbst soll eine Sanierung in Angriff genommen werden. Hierzu ist ein Termin mit dem Umweltamt abzustimmen. Weitere Beratungen erfolgen in der Hauptausschuss-Sitzung im September 2010.

**keine Abstimmung**

**TOP 12****Dichtigkeitsprüfung Hausanschlüsse**

Der zu Beginn der Sitzung verteilte Zeitungsartikel wird angesprochen.

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**


---

Frau Podbielski berichtet von der Sitzung beim ZVO. Dort wurde vor voreiligen Handlungen „gewarnt“. Zurzeit gebe es keinerlei rechtliche Grundlage zur Durchführung von Dichtigkeitsprüfungen, die Zeit dränge nicht. Das Land sei im Begriff, eine Rechtsnorm zu erarbeiten.

Der ZVO wird seinen Mitgliedern neue Erkenntnisse auf der Internetseite bekanntgeben. Seitens der Bevölkerung bestehe große Unwissenheit, u. U. Ratlosigkeit, wie mit der Dichtigkeitsprüfung umzugehen sei.

Um die Bürger zu beruhigen, wird angeregt, seitens des Amtes eine Information – ggf. in Zusammenarbeit mit dem ZVO – herauszugeben, in der dann darauf hingewiesen wird, dass das Amt seine Gemeinden und deren Bürger „auf dem Laufenden hält“.

**keine Abstimmung**

**TOP 13****Straßenausbaubeitragssatzung**

Die Verwaltungsvorlage mit dem Angebot der GeKom wird beraten. Wie bereits unter TOP 9 protokolliert, herrscht mehrheitliche Signalisierung, eine Straßenausbaubeitragssatzung zu erlassen.

**Beschluss:**

Der Gemeindevertretung wird daher empfohlen, die GeKom zum Festpreis von 3.100 EUR zzgl. Mehrwertsteuer mit der Erstellung einer Straßenausbaubeitragssatzung für die Gemeinde Grebin zu beauftragen.

Die GeKom ist darauf hinzuweisen, dass die Gemeinde beabsichtigt, mit den rechtlich kleinstmöglichen Sätzen für eine Kostenbeteiligung zu arbeiten.

**dafür: 7**

**dagegen: 0**

**Enthaltungen: 0**

**TOP 14****Anfragen**

Keine Wortmeldungen.

**Fortsetzung erfolgt in nichtöffentlicher Sitzung; siehe hierzu gesondertes Protokoll.**

**VORSITZENDER**

*Jochen Usinger*

**PROTOKOLLFÜHRER**

*André Schnathmeier*

**Anlagen zum Protokoll:**

**zu TOP 2:** Grobanalyse Supermarkt Grebin  
Zeitungsartikel LN „Dichtigkeitsprüfung“

**zu TOP 8:** Angebote der Firmen Sohn und TST - *nur zur Urschrift* -

W Feby

in TOP 2

April 2010

GROBANALYSE

Supermarkt Grebin

Einzugsbereich: \_\_\_\_\_

Grebin	997 EW	KK Supermarkt West	1 793 EUR	1 807 EUR
Umland	0 EW	GfK Grebin	100,8	
<u>Gesamt</u>	<u>997 EW</u>			

Zone	EW	GKK/TEUR	MA %	Planumsatz TEUR	Anteil %
I. Grebin 1/2 499	499	902	23	207	76,7
II. Grebin 1/2 498	498	900	7	63	23,3
<u>Gesamt</u>	<u>997</u>	<u>1 802</u>	<u>15,0</u>	<u>270</u>	<u>100</u>

# Rohr-Check: Hausbesitzer sollen Milliarden zahlen

zu TOP 2

## Kiel verlangt Kontrolle bis 2015 – Initiative ruft zu Widerstand auf

VON CURD TÖNNEMANN

**KIEL** – Das ist ein Schock: Für Überprüfungen ihrer Abwasserleitungen sollen schleswig-holsteinische Hausbesitzer insgesamt fünf Milliarden Euro locker machen. Auf jeden einzelnen käme eine Zahlung von durchschnittlich 6700 Euro zu. Diese ersten konkreten Zahlen stammen von dem zertifizierten Kanalsanierungs-Sachverständigen Torsten Behrend (Neumünster). Das zuständige Kieler Umweltministerium hatte sich mit Kostenschätzungen bislang zurückgehalten, spielt die Zahlen jetzt herunter.

Die Europäische Union (EU) verlange von Deutschland die Überprüfung von Abwasserrohren auf privatem Grund bis spätestens 2015 – so argumentiert das Umweltministerium. Als Grund wird der Umweltschutz angeführt. Undichte Abwasserleitungen verschmutzen das Erdreich und Grundwasser. Die Dichtheit der Leitungen muss ein anerkannter Fachbetrieb bescheinigen, der mit einer Spezialka-

mera durch die Leitungen fährt. Sind die Rohre marode, müssen sie ersetzt werden. Präkar: Vor 1965 verlegte Leitungen sind grundsätzlich zu erneuern, egal in welchem Zustand sie sich befinden. Und selbst Besitzer von Neubauten können sich nicht drücken.

Betroffen sind 750 000 Wohngebäude in Schleswig-

bei der Sanierung haben zunächst Wasserschutzgebiete. Die Prüfung einer Entwässerungsanlage schlägt bereits mit 400 bis 1800 Euro zu Buche, die Sanierung (Reparatur, Renovierung oder Erneuerung) wird deutlich teurer. Das Land nennt auffällig niedrigere Zahlen, beziffert die Kosten auf durchschnittlich

„Regeln der Technik sind aber kein Gesetz.“ Die EU habe lediglich gefordert, den Grundwasserschutz zu gewährleisten. „Und der ist in Schleswig-Holstein eher durch Einträge der Landwirtschaft als durch undichte Abwasserleitungen privater Haushalte in Gefahr“, tobt Blazek. Im Süden des Landes kämpft die Bürgerinitiative „Bürokratie-Irrsinn“ gegen die Rohrkontrolle. Ihr Mitglied Horst Heuberger (Wakendorf) spricht von „nicht zumutbaren Kosten für Hausbesitzer“ und einem „heimlichen Konjunkturprogramm, eingefädelt von der Abwasser-Lobby“.

Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag mahnt zur Gelassenheit. „Das Vorhaben ist rechtlich umstritten“, sagt Geschäftsführer Jörg Bülow. „Wir wissen, dass viele Bürger und auch Kommunalpolitiker dafür kein Verständnis haben.“ Ein Ministeriumssprecher sagt dagegen lapidar: „Eigentum verpflichtet.“ Seite 2

*„Das ist ein Konjunkturprogramm, eingefädelt von der Abwasser-Lobby.“*

Horst Heuberger, Bürgerinitiative „Bürokratie-Irrsinn“

Holstein, davon 430 000 Eigenheime, die Länge privater Abwasserleitungen beträgt nach Schätzungen 66 000 Kilometer. Der Sachverständige Behrend geht davon aus, dass 30 bis 50 Prozent aller privater Abwasserleitungen undicht sind. Bislang haben nach Ministeriumsangaben 104 der 1136 schleswig-holsteinischen Gemeinden mit der Umsetzung der DIN 1986-30 begonnen, 30 weitere würden demnächst starten. Vorrang

300 Euro pro Grundstück. Bürgern, die eine Dichtheitsprüfung ihrer Abwasserleitungen verweigern, können Zwangsmaßnahmen angedroht werden. Es drohen Strafgerichte bis 50 000 Euro.

Die Eigentümer-Gemeinschaft „Haus und Grund“ läuft Sturm. „Die Maßnahme ist völlig unverhältnismäßig“, klagt Verbandsdirektor Alexander Blazek. Das Kieler Umweltministerium argumentiere mit einer DIN-Norm.

### Kommentar

Bürger sollen für Rohr-Prüfung zahlen

## Nicht ganz dicht!

VON CURD TÖNNEMANN

Umweltschutz ist fraglos eine gute Sache. Und Eigentum verpflichtet. Keine Widerrede. Deshalb besteht kein Zweifel daran, dass auch Abwasserleitungen auf privatem Grund irgendwann einmal auf ihren technischen Zustand überprüft werden müssen. Irgendwann – das heißt, wenn es sinnvoll erscheint.

Was das Kieler Umweltministerium den Hausbesitzern seines Landes jetzt aber mit Verweis auf eine angebliche EU-Order aufbürdet, das ist blanker Unsinn. Selbst nagelneue Abwasserrohre von Neubauten sollen von Fachleuten unter die Lupe genommen werden. Alte Rohre werden ungeprüft für marode erklärt. Nebenbei gefragt: Welcher Bürger bitte schön hat denn mal eben ein paar tausend Euro auf der hohen Kante liegen?

Kritiker sprechen von bürokratischem Irrsinn. Erste Kommunen scheuen sich, ihren Bürgern die böse Botschaft überbringen zu müssen. Sie scheuen sich auch vor dem eigenen Verwaltungsaufwand. Der Blick in andere Bundesländer zeigt, dass der Protest berechtigt ist. Vielerorts wird defensiver mit der EU-Aufforderung umgegangen, den Grundwasserschutz zu gewährleisten. Nein, Kiel! Teure Dichtheitsprüfungen für alle privaten Abwasserrohre? Ihr seid wohl nicht ganz dicht!